



### **Presseschau vom 30.01.2018**

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### **abends / nachts:**

de.sputniknews.com: Neue Bundesländer wollen Abbau von Russland-Sanktionen  
Die ostdeutschen Regierungschefs haben sich gegen die antirussischen Sanktionen ausgesprochen. Diese haben sich laut ihnen als wirkungslose Instrumente erwiesen. So hat Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) am Montag nach einem Treffen mit ihren Ost-Kollegen in Berlin eine Sanktions-Lockerung unterstützt. „Wir sind ganz klar für den Abbau der Sanktionen“, zitiert die „Berliner Morgenpost“ die Politikerin.

Der Regierungschef von Sachsen-Anhalt Reiner Haseloff (CDU) sei der Meinung, dass die Sanktionen ihr Ziel nicht erreicht hätten. Er bezeichnete sie der Zeitung zufolge als wirkungsloses Instrument. Sie trafen viele ostdeutsche Unternehmen etwa der Agrar- und Ernährungsbranche, die traditionell gute Kontakte nach Russland pflegten, deutlich härter als Westfirmen.

Das Verhältnis zwischen Moskau und den westlichen Ländern verschlechterte sich deutlich nach den politischen Ereignissen in der Ukraine und nach der Wiedervereinigung der Halbinsel Krim mit Russland 2014. Der Westen verhängte Sanktionen gegen Russland. Das Land reagierte mit Gegenmaßnahmen.

de.sputniknews.com: Putin schenkt Netanjahu Brief Schindlers

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Montag dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu einen Original-Brief des deutschen Unternehmers Oskar Schindler

übergeben, der während des Zweiten Weltkriegs mehr als 1000 jüdische Zwangsarbeiter vor der Ermordung in Vernichtungslagern rettete.

Netanjahu war zuvor im Rahmen eines eintägigen Besuchs in Moskau eingetroffen. Laut seiner Pressesprecherin war der israelische Premier über das Geschenk sehr berührt. Er habe versprochen, den Brief an die größte Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem weiterzugeben.

Der deutschmährische Unternehmer Oskar Schindler bewahrte während des Zweiten Weltkriegs gemeinsam mit seiner Frau etwa 1200 bei ihm angestellte jüdische Zwangsarbeiter vor der Ermordung in den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten. Seine Geschichte wurde 1993 vom US-Regisseur Stephen Spielberg verfilmt („Schindlers Liste“).



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31717/68/317176854.jpg>

### **vormittags:**

**mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschluss von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt.**

de.sputniknews.com: 210 Menschen betroffen: US-Finanzministerium macht „Kreml-Bericht“ publik

Das US-Finanzministerium hat den so genannten „Kreml-Bericht“ verbreitet. Darin sind 114 Politiker sowie Beamte und 96 Geschäftsleute erwähnt.

Auf der Liste stehen unter anderem der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri Peskow, der Chef der Kreml-Administration, Anton Waino, der Berater des russischen Staatschefs, Wladislaw Surkow. Betroffen sind auch Geschäftsleute wie Alischer Usmanow, Roman Abramowitsch, der Gründer des IT-Sicherheitsunternehmens Kaspersky Lab, Jewegeni Kasperski, der Chef des russischen Erdölkonzerns Rosneft, Igor Setschin, und Gazprom-Chef Alexej Miller.

Generalstabschef Waleri Gerassimow, Außenminister Sergej Lawrow sowie Premier Dmitri Medwedew stehen ebenfalls auf dieser Liste.

Der Bericht enthält auch die Namen von sogenannten Oligarchen, unter denen das US-

Finanzministerium russische Unternehmer versteht, deren Eigentum mindestens eine Milliarde US-Dollar beträgt.

Diese Liste bedeute nicht, dass gegen diese Personen Sanktionen verhängt worden seien. Gegen einige von ihnen sollen bereits Einschränkungen gelten.

Das US-Finanzministerium verwies darauf, dass der Bericht auch einen geheimen Teil habe, in dem es auch weitere Personen gebe, die aber niedrigere Ämter als jene bekleiden, die im bereits veröffentlichten Teil des Berichts erwähnt worden seien.

Der Vizechef des Auswärtigen Ausschusses im russischen Föderationsrat (Oberhaus),

Wladimir Dschabarow, kommentierte die Veröffentlichung des „Kreml-Berichts“:

„Formell haben unsere Länder Beziehungen, aber die Aufnahme fast der ganzen Führung unseres Landes in die Sanktionsliste spricht dafür, dass diese Beziehungen tatsächlich abbrechen.“

Dies sei „eine grobe Einmischung“ in Russlands innere Angelegenheiten. „Sie sind dem, was Russland vorgeworfen wird, nicht angemessen“, sagte er.

Alexej Tschepa, der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses in der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus), sagte gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti, dass ein solches Vorgehen der USA die Beziehungen zwischen den beiden Ländern gefährden würde.

„Das ist ein erneuter Schritt, der tatsächlich zu einer Spannung in den Beziehungen führt ... Das ist ein sehr, sehr ernsthafter Schritt. Ein solches Vorgehen der USA wird konsequent zu diesen Entscheidungen führen.“

Zuvor war mitgeteilt worden, dass der sogenannte „Kreml-Bericht“ dem Kongress bereits Ende Januar zur Begutachtung vorgelegt werden und eine Liste von Personen aus dem engsten Kreis um den russischen Präsidenten Wladimir Putin beinhalten solle.

Am 11. Januar erklärte Steven Mnuchin, Finanzminister der Vereinigten Staaten, dass Washington in Kürze neue Sanktionen gegen russische Bürger verhängen werde.

Laut dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow wird der russische Präsident Wladimir Putin nach der offiziellen Veröffentlichung der neuen US-Sanktionen eine Entscheidung über mögliche Gegenmaßnahmen treffen.

**Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte siebenmal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **sieben Ortschaften der Republik** mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.**

de.sputniknews.com: Im Voraus: CIA-Chef rechnet mit neuer „Einmischung Russlands“  
Der CIA-Chef Mike Pompeo rechnet anlässlich der US-Kongresswahlen im November dieses Jahres mit weiteren Versuchen Russlands, diese zu beeinflussen. Dies berichtet der Nachrichtensender BBC.

Pompeo habe keinen bedeutenden Rückgang der russischen Aktivitäten feststellen können. Er gehe davon aus, „dass sie (Russland – Anm. d. Red.) es weiter versuchen werden, aber ich bin zuversichtlich, dass Amerika freie und faire Wahlen haben wird“.

Die USA würden aber derart reagieren, dass die Auswirkungen auf die Wahlen nicht groß sein würden:

„Wir sind der beste Geheimdienst der Welt“, zitiert BBC Pompeo. Die US-Geheimagenten würden „ihr Bestes tun, um geheime Informationen zu bekommen, die dem amerikanischen Volk helfen können“.

Pompeo halte Russland eher für ein „feindselig gestimmtes“ Land und deswegen teile er die Bedenken der europäischen Geheimdienste in Bezug auf Moskau.

Wie der TV-Sender ferner berichtet, bemühe sich Washington um Russlands „subversive Tätigkeit“ zu bekämpfen.

Die US-Geheimdienste sind der Ansicht, Russland habe sich in die Präsidentschaftswahl 2016 eingemischt. Der gewählte US-Präsident Donald Trump behauptet, dass es kein Komplott zwischen ihm und Moskau gegeben habe. Russland weist jegliche Anschuldigungen einer Einmischung auch entschieden zurück.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 7. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 91. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 63.

Wir erinnern daran, dass ab 1:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

de.sputniknews.com: USA lehnen Abzug ihrer Truppen aus syrischem Manbidsch ab  
Ein Abzug der amerikanischen Truppen aus dem syrischen Manbidsch ist nicht geplant, wie CNN unter Verweis auf den Chef des Zentralen Kommandos der US-Streitkräfte (CENTCOM), General Joseph Votel, berichtet.

Der General erklärte laut CNN, dass die amerikanische Seite „nicht die Möglichkeit erwägt“, ihre Truppen aus der Stadt abzuziehen.

Zuvor hatte der Präsident der Türkei, Recep Tayyip Erdogan, dazu aufgerufen, die US-Truppen und die kurdischen Formationen aus Manbidsch abzuziehen. Wie Erdogan erklärte, beabsichtigt Ankara, die Zone der in Syrien laufenden türkischen Militäroperation „Olivenzweig“ auf die weiter östlich gelegene Stadt Manbidsch und bis an die irakische Grenze auszuweiten.

Am 20. Januar hatte der türkische Generalstab die Militäroperation „Olivenzweig“ gegen die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG sowie die Partei der Demokratischen Union (PYD) in der syrischen Region Afrin angekündigt.

Die USA und die von ihnen angeführte internationale Anti-Terror-Koalition agieren seit September 2014 in Syrien, jedoch ohne Zustimmung der legitimen Regierung in Damaskus.

„Dan-news.info: „Die Nacht verlief nicht ganz ruhig. Gegen 23:00 Uhr haben Einheiten der ukrainischen Truppen einen Beschuss der Ortschaft mit Schusswaffen begonnen. Das Feuer endete gegen 2:00 Uhr nachts, es dauerte also drei Stunden“, teilte der Leiter der Ortsverwaltung von **Alexandrowka im Petrowskij-Bezirk von Donezk** Konstantin Tschalyj mit.

Nach seinen Worten sind keine Informationen über Verletzte und Schäden eingegangen.

de.sputniknews.com: Moskauer Politiker droht Polen mit Lieferstopp für russisches Gas  
Das Verhalten Polens kann nach Meinung des Chefs der Kommission für Informationspolitik im Föderationsrat (russisches Parlamentsoberhaus), Alexej Puschkow, dazu führen, dass Russland seine Gaslieferungen an dieses Land einstellt.

„Polen wird es noch so weit treiben, dass Russland aufhört, Gas an dieses Land zu liefern. Mag es dann selbst aus Afrika bezogen werden. Es hat keinen Sinn, Warschau entgegenzukommen“, schreibt Puschkow auf Twitter.

Der polnische Präsident Andrzej Duda hatte zuvor seine Unzufriedenheit über den Unterschied zwischen den Preisen für russisches Gas für Polen und für Deutschland geäußert. Wie er sagte, wolle Polen russisches Gas nicht zu gleichen Bedingungen wie Deutschland kaufen.

Das staatliche polnische Öl- und Gasunternehmen PGNiG erhält den größten Teil des Gases von Gazprom. Der diesbezügliche Vertrag mit dem russischen Gaskonzern läuft im Jahr 2022 ab. Warschau hält den Deal für unvorteilhaft und erklärt immer wieder, dass es nach 2022 auf russisches Gas verzichten wolle.

Der polnische Energieminister Krzysztof Tchórzewski sagte, es wäre verfrüht, einen neuen Vertrag mit Gazprom zu besprechen. Der ehemalige Außenminister Witold Waszczykowski rief die anderen europäischen Länder dazu auf, auf russisches Gas zu verzichten.

Nach Meinung des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki sollten die USA die gegen Russland verhängten Strafmaßnahmen auf den Bau der Nord-Stream-2-Pipeline ausdehnen. Warschau besteht auch darauf, dass die an dem Bauprojekt beteiligten europäischen Unternehmen bestraft werden müssten. Wie der Ministerpräsident dazu äußerte, verfolge dieses Projekt „politische Ziele“.

[Ukrinform.ua: Soldatenausbildung auf Ebene des Bataillons: Kanada schickt mehr Ausbilder in Ukraine.](#)

[Kanada schickt im Rahmen der Mission UNIFIER zusätzliche Ausbilder in die Ukraine.](#)

[Die Ausbilder werden nach Angaben des kanadischen Verteidigungsministeriums der ukrainischen Armee beim Training der Soldaten auf der Ebene des Bataillons helfen, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Die Zahl der kanadischen Ausbilder in der Ukraine steigt für zwei Monate auf 240. Das ist die größte Zahl seit Beginn der UNIFIER-Mission.](#)

[Nach Angaben des Verteidigungsministeriums besteht diese zusätzliche Gruppe aus 48 Armeeangehörigen der Truppengattungen Infanterie, Artillerie, Panzertruppe und Logistik. Der Verteidigungsminister des Landes, Harjit Sajjan, erklärte: „Diese Ausbildungshilfe basiert auf der vorherigen Unterstützung durch unsere Regierung und wird der Ukraine bei der Aufrechterhaltung ihrer Souveränität, Sicherheit und Stabilität besser helfen.“](#)



[https://static.ukrinform.com/photos/2016\\_07/thumb\\_files/630\\_360\\_1468786155-9990.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2016_07/thumb_files/630_360_1468786155-9990.jpg)

[de.sputniknews.com: Spionage zugunsten ukrainischer Armee: Duma nennt Ziel der US-Aufklärung nahe Krim](#)



Die Flugaufklärung der US-Luftwaffe nahe der Krim-Küste dient laut dem Abgeordneten des russischen Parlaments, Dmitri Belik, der Erkundung der Reaktionsfähigkeit der örtlichen Flugabwehr und der Übermittlung dieser Daten an die ukrainische Armee.

„Sie stoppen die Zeit der Reaktionsfähigkeit unserer Flugabwehrsysteme, die Anflugzeit eines Abfangjägers ab und versuchen, die Frühwarnstationen zu orten, ihre Frequenzen zu peilen“, teilte Belik Sputnik mit. „Das alles ist nur für einen Auftraggeber interessant – für Kiew.“

Am Montag hatte das russische Verteidigungsministerium das Abfangen eines US-Aufklärungsflugzeugs des Typs EP-3E Aries II durch einen russischen Kampffjet Su-27 über dem Schwarzen Meer bekannt gegeben. Die Luftabwehrsysteme hatten der russischen Militärbehörde zufolge auf ein unbekanntes anfliegendes Luftziel reagiert. Die Su-27 hatte sich dem US-Flieger bis auf eine „sichere Entfernung“ genähert, so das Verteidigungsministerium am Montag. Das Pentagon hatte das Abfangmanöver seinerseits allerdings als „gefährlich“ bezeichnet.

Wie Belik betonte, dürfen US-Jets zwei Meter von Russlands Grenze entfernt fliegen – „gemäß allen Dokumenten ist das der internationale Luftraum, was bedeutet, dass sie nichts verletzt haben“. In derartigen Situationen müsse ein russischer Pilot manövrieren, um den „Spion“ in den „echten internationalen Luftraum“ zu vertreiben. „Pentagons Ärger ist hier unangemessen“, so Belik.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31929/58/319295850.jpg>

de.sputniknews.com: Russland und Südossetien schaffen gemeinsamen Verteidigungsraum  
Nach der Ratifizierung durch das Parlamentsunterhaus hat nun auch der Sicherheits- und Verteidigungsausschuss des Föderationsrates Russlands (Oberhaus) das Abkommen zwischen Russland und dem international nicht anerkannten Kaukasus-Staat Südossetien über die Eingliederung einzelner südossetischen Einheiten in die russische Armee unterstützt. Eine solche Integration soll den Aufbau eines gemeinsamen Verteidigungsraumes Russlands und Südossetiens fördern, wie ein hochrangiger Vertreter des russischen Generalstabs, Viktor Posnihir, mitteilte. Dies entspreche den Interessen Russlands und werde zu mehr Sicherheit der beiden Staaten beitragen.

Es handelt sich konkret um ein Abkommen, laut dem die Bürger Südossetiens nun als Söldner im 4. Militärstützpunkt Russlands dienen dürfen. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte ein entsprechendes Dokument Ende 2017 in die Staatsduma (Parlamentsunterhaus) eingebracht, die es am 24. Januar ratifizierte.

Nun rät der Sicherheits- und Verteidigungsausschuss dem russischen Föderationsrat, das Abkommen bei der Sitzung am 31. Januar ebenfalls zu ratifizieren.

Südossetien ist eine Gebirgsregion im südlichen Kaukasus und wird im Norden durch den

Hauptkamm des Kaukasus von der russischen Teilrepublik Nordossetien getrennt. Südossetien wird von den meisten Staaten als Teil Georgiens angesehen, ist jedoch bereits seit Anfang der 90er de facto unabhängig.

Im August 2008 schickte Georgien Truppen nach Südossetien, um diese Region zurückzuerobern. Der Angriff, bei dem die südossetische Hauptstadt Zchinwal weitgehend zerstört und zahlreiche Zivilisten sowie russische Friedenssoldaten getötet wurden, konnte erst nach der Intervention russischer Truppen abgewehrt werden.

Nach dem Fünf-Tage-Krieg erkannte Russland Südossetien sowie den anderen De-facto-Staat in Georgien, Abchasien, als unabhängig an und richtete dort Militärstützpunkte ein.

## **Nachmittags:**

de.sputniknews.com: Ukraine: Nationalisten für Kampf gegen Poroschenko legalisiert. In der Ukraine gibt es ab sofort eine neue Formation, deren Ziele viele Fragen aufwerfen: die so genannte „Nationale Kampfgruppe“, schreibt die Zeitung „Moskowski Komsomolez“ am Dienstag.

In Kiew fand jüngst ein Marsch der „Kampfgruppe“ statt und rief in der Gesellschaft zweierlei Reaktionen hervor. Denn einerseits erklären die Aktivisten, sie würden gegen Unruhen in der Hauptstadt kämpfen, andererseits drohen sie allen, die die „Ukrainische Ordnung“ verletzen sollten, mit „Bestrafung“.

An der Aktion in der Kreschtschatik-Straße im Zentrum Kiews nahmen etwa 600 Männer in Uniform teil. Viele von ihnen trugen Sturmmasken. Dann schworen sie die Treue – unklar ist allerdings, wem genau. Den Schwur nahm der radikale Nationalist, der Führer der Partei „Nationales Korps“ und Abgeordnete der Obersten Rada (Parlament), Andrej Bilezki, entgegen. Früher war er Kommandeur des Regiments „Asow“ gewesen, das sich an der „Anti-Terror-Operation“ im Südosten des Landes - im Donbass - beteiligte. Ausgerechnet seine Kämpfer waren für das Massaker in Mariupol am 9. Mai 2014 verantwortlich. Westliche Menschenrechtler warfen „Asow“-Kämpfern Freibeuterei, zahlreiche Vergewaltigungen und Morde an friedlichen Einwohnern vor.

Seit November 2014 ist das „Asow“-Regiment der Nationalgarde untergeordnet und wird formell vom Innenminister Arssen Awakow kontrolliert. Bilezki selbst wurde damals Volksabgeordneter. Jetzt führte er seine Kämpfer unter dem Vorwand des Ordnungsschutzes auf die Straßen von Kiew. Die Aktivisten behaupten, die Straßen ohne Waffen patrouillieren und „nur der Polizei helfen“ zu wollen. Nicht zu übersehen sind allerdings ihre Plakate mit Aufschriften wie „Wir sind viele! Wir haben keine Angst, Gewalt anzuwenden, um auf den Straßen die Ukrainische Ordnung voranzubringen!“

Der Politologe, Leiter der Organisation „Internationaler Georgs-Verband“, Wladimir Rogow, sagte zu den Ereignissen in Kiew:

„Das ist nichts als die Legalisierung von offenbar nazistischen Gruppierungen, die unmittelbar von den ukrainischen Behörden unterstützt werden. Das ist die ‚Faust‘ der politischen Partei ‚Nationales Korps‘. Und es ist auffallend, dass es sich dabei um das Projekt einer Person handelt, die sich Innenminister nennt, – um ein Projekt des Herrn Awakow. Andrej Bilezki ist einer der am meisten überzeugten Nazis im ganzen postsowjetischen Raum.“ Der Politologe verwies darauf, dass die jüngste Aktion in Kiew an die einstigen Veranstaltungen in Hitler-Deutschland erinnere. „Bilezki macht im Grunde keinen Hehl aus seinen Ansichten zur ‚Rassenreinheit‘, zur ‚Beseitigung‘ von ‚unerwünschten‘ Kräften.“ Rogow zeigte sich überzeugt, dass die Nazis in der Ukraine unter anderem mit finanzieller

Unterstützung aus dem Haushalt rechnen – unter dem Vorwand des Rechtsschutzes in den Straßen von Kiew. Nach seinen Worten ist es „zu einem ernsthaften Kampf zwischen dem Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) und dem Innenministerium gekommen, denn die Geheimdienste haben ihre eigenen Kämpfer – die Organisation S14. Aber diese SBU-Struktur ist offensichtlich schwächer als die von Awakow. Das ist der Kampf um einen ‚Leckerbissen‘ – um die Kontrolle über Kiew, und zwar auf Staatskosten.“

Es gebe noch einen wichtigen Punkt, fuhr der Experte fort. Es sei ein offenes Geheimnis, dass es zwischen Awakow und Präsident Petro Poroschenko große Kontroversen gebe. „Bis zur Präsidentschaftswahl bleibt noch ein Jahr, aber das heißt nicht, dass sie nicht noch früher stattfindet. Diese Eskalation passt durchaus in die Logik der jüngsten Entwicklung der Situation. Poroschenko kann sich auf niemanden außer auf einen Teil des Kommandos der Streitkräfte, einen Teil der Generalstaatsanwaltschaft und des SBU verlassen, die von seinen Vertrauenspersonen Luzenko und Grizak geleitet werden. Aber Awakow und der ihm nahe stehende Arseni Jazenjuk werden allmählich stärker und einflussreicher in Kiew.“

Was die möglichen Reaktionen der EU auf die Situation in der Ukraine angeht, so glaubt der Politologe nach eigenen Worten nicht daran, dass etwas mehr als Resolutionen oder Memoranden möglich wäre. „Sie werden zwar diese Situation verurteilen, aber es wird keine Sanktionen, Kontosperrungen usw. geben. Poroschenko wird in einen sehr engen Korridor getrieben, damit er eine direkte Konfrontation mit den (selbsternannten) Volksrepubliken in der Donbass-Region und idealerweise mit Russland entfesselt.“



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31930/08/319300816.jpg>

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

In den letzten 24 Stunden haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte weiterhin das Regime der Feuereinstellung verletzt. Auf die Gebiete der Ortschaften **Alexandrowka, Nowolaspa, Welokamenka, Dokutschajewsk, Werchnetorezkoje sowie den Petrowskij- und den Kirowskij-Bezirk von Donezk** hat der Gegner sechs Mörsergeschosse des Kalibers 120mm sowie sechs des Kalibers 82mm abgefeuert und außerdem mit Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen. In Folge von Beschüsse wurde ein Haus in Dokutschajewsk in der Lenin-Straße 98 beschädigt.

Die heutige ukrainische Armee legt besonderen Wert auf das Unteroffizierspersonal und passt sich an die NATO-Truppen an.

So ist der Soldat der 24. mechanisierten Brigade, der Unteroffizier Bondarenko, ein ausgezeichnetes Vorbild für das ihm unterstellte Personal, indem er Alkohol trinkt und eigenmächtig den Truppenteil mit der Waffe verlassen hat.



Derzeit führt der militärische Rechtsordnungsdienst Maßnahmen zur Suche und Festnahme des genannten Soldaten durch.

Nach Angaben unserer Aufklärung wurden im Gebiet von Kramatorsk unter Beteiligung der Nationalpolizei, des Sicherheitsdienstes der Ukraine und des Zivilschutzministeriums gemeinsame Übungen zum Auflösen von Massenprotesten und zur Festnahme von Rechtsverletzern durchgeführt, um mögliche Proteststimmungen von Seiten nationalistischer Gruppierungen und Einheiten, die sich dem Kommando der ukrainischen Streitkräfte nicht unterordnen, zu unterdrücken.

Die militärisch-politische Führung der Ukraine hat nicht die Absicht, den Konflikt im Südosten des Landes auf friedlichem Weg zu lösen.

Nach Informationen von unseren Quellen ist im Gebiet von Wolnowacha im Verantwortungsbereich der 93. mechanisierten Brigade eine **Spezialeinheit der ukrainischen Streitkräfte** eingetroffen, um Aufgaben im Bereich von **Diversions- und Erkundungsaktivitäten** durchzuführen, was unausweichlich weitere Verschärfungen in der Konfliktzone hervorrufen wird.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Spezialoperationskräfte breit angelegte Provokationen planen, um die Streitkräfte der DVR zu beschuldigen.

Außerdem will ich die Vertreter des GZKK von der ukrainischen Seite daran erinnern, dass ihre grundlegenden Aufgaben die Aufrechterhaltung des Friedens, die Sammlung von Informationen über Verletzungen des Waffenstillstands und die operative Unterbindung von Feuer entlang der Abgrenzungslinie sind. Wir erwarten von der Arbeit des GZKK Adäquatheit und Unabhängigkeit und keine Versuche der Selbstdarstellung.

Wir wenden uns ein weiteres Mal an die OSZE-Mission, dass sie alle ihr möglichen Anstrengungen einbringt, um eine neue Runde der aktiven Phase des Konflikts, die das Kiewer Regime zu initiieren versucht, nicht zuzulassen.

de.sputniknews.com: Belgischer Parlamentarier plädiert für Aufhebung der Russland-Sanktionen

In das Parlament Belgiens ist eine Resolution über die Aufhebung der gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen eingebracht worden, wie der Parteichef des Vlaams Belang (VB) und Abgeordnete im Flämischen Parlament, Filip Dewinter, gegenüber Sputnik International sagte.

Im Dokument heißt es insbesondere, dass die belgische Regierung im Europäischen Rat die Aufhebung der einschränkenden Maßnahmen in Bezug auf Russland initiieren sollte. Der Parlamentarier hatte zuvor wiederholt von der Notwendigkeit gesprochen, die Russland-Sanktionen aufzuheben. Laut Dewinter „stehen sie nicht nur im Widerspruch zum Völkerrecht, sondern sind auch ungerecht und für Europa konterproduktiv“. Dewinter betonte, dass die belgischen Exporteure wegen dieser Sanktionen jährlich Einbußen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro hinnehmen müssten.

Die EU, die USA und mehrere andere Länder hatten im Jahr 2014 in Verbindung mit den Ereignissen auf der Krim und dann mit dem Konflikt im Südosten der Ukraine einschränkende Maßnahmen gegen Russland beschlossen. Moskau verhängte daraufhin ein Einfuhrverbot für Lebensmittel aus jenen Ländern, die sich den Russland-Sanktionen angeschlossen hatten.

Moskau hat seinerseits immer wieder betont, dass es keine Seite des Konflikts im Donbass sei und Kiew die Verantwortung für die Umsetzung der zur Regelung des Konflikts getroffenen Vereinbarungen trage. Zudem besteht Russland darauf, dass die Prozedur zur Wiedereingliederung der Krim in den Bestand Russlands in vollem Maße den internationalen Normen entsprochen habe.

Ukrinform.ua: Ukraine testet erfolgreich Marschflugkörper.

Die Ukraine hat am 30. Januar einen landgestützten Marschflugkörper erfolgreich getestet. Das gab der Sekretär des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, Olexandr Turtschynow, bekannt, berichtet die Pressestelle des nationalen Sicherheitsrates. „Mit dem heutigen Test haben wir eine neue Etappe des Raketenprogramms eröffnet“, sagte Turtschynow. Im Zuge des Programms sollten die ukrainischen Streitkräfte effektive Cruise Missile erhalten.

Turtschynow zufolge wurde der Marschflugkörper vom Staatsunternehmen „Lutsch“ in Zusammenarbeit mit anderen staatlichen und privaten Rüstungsunternehmen der Ukraine entwickelt.

Der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung koordiniert laut Turtschynow das Raketenprogramm und stellte die Aufgabe, „nicht nur landgestützte, sondern auch Seegestützte und Luftgestützte Marschflugkörper-Systeme zu entwickeln.“



[https://static.ukrinform.com/photos/2018\\_01/1517317319-6120.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2018_01/1517317319-6120.jpg)

Lug-info.com: „Heute, am 30. Januar, um 12:10 Uhr wurde ohne Vorwarnung die Wasserlieferung von der Petrowskij-Pumpstation der Popasnaja-Wasserwerke, die auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium liegen, eingestellt“, teilte das staatliche Unternehmen der LVR Luganskwoda mit.

Betroffen sind wie beim letzten Mal die Ortschaften Priwetnoje, Obosnoje, Wesjolaja Gora im Slawjanoserbskij-Bezirk.

„Inzwischen haben die Spezialisten von Luganskwoda begonnen, die notwendigen Arbeiten zur Änderung des Wasserversorgungsschemas für diese Ortschaften durchzuführen“, teilte Luganskwoda weiter mit.

de.sputniknews.com: Belgiens Premier versichert: EU gegen Verschärfung der Russland-Sanktionen.

Während der heute veröffentlichte „Kreml-Bericht“ der USA als Basis für weitere antirussische Sanktionen dienen könnte, will die Europäische Union die Strafmaßnahmen gegen Russland nicht erweitern. Wie der belgische Premier Charles Michel beim Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Dmitri Medwedew äußerte, hat die EU das bereits entschieden.

„Ich möchte betonen, dass die EU die Entscheidung getroffen hat, die Sanktionsverschärfung gegen Russland nicht zu unterstützen“, sagte Michel auf einer Pressekonferenz in Moskau am Dienstag.

Einige Differenzen zwischen Moskau und Brüssel bleiben jedoch dem Minister zufolge bestehen. Der Dialog sei der einzige Weg für deren Abbau, so Michel.

„Der Dialog ist sehr wichtig, um den Weg besser zu verstehen, den wir gehen sollen, um fruchtbare strategische Beziehungen zwischen der EU und Russland aufzubauen.“

Zuvor hatte der belgische Parlamentsabgeordnete Filip Dewinter gesagt, dass es höchste Zeit sei, die Sanktionen gegen Moskau abzuschaffen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31930/53/319305334.jpg>

ukrinform.ua: OSZE-Vorsitzender Alfano reist mit Klimkin in die Ostukraine.

Der italienische Außenminister und neue Vorsitzende der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Angelino Alfano, wird am 31. Januar den Donbass besuchen.

Das teilte der ukrainische Chef-Diplomat, Pawlo Klimkin, auf einer Pressekonferenz mit Alfano in Kiew mit. „Morgen reisen wir mit meinem Kollegen Angelino Alfano in den Donbass, damit er persönlich prüfen kann, was dort passiert, und es mit seinen eigenen Augen sieht“, sagte Klimkin.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich relativ stabilisiert, bleibt aber angespannt, Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde nicht festgestellt, aber der Gegner konzentriert weiter Kräfte und Mittel entlang der Kontaktlinie.

Es wurde die Einrichtung einer provisorischen Feuerstellung eines Mörserzugs aus der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Orechowo festgestellt.

Im Gebiet von Muratowo wurde die Ankunft einer gemischten Kolonne von Waffen und Militärtechnik des Gegners mit je zwei Schützenpanzerwagen, leicht gepanzerten Transportern und Fahrzeugen vom Typ Ural mit Artilleriemunition registriert.

Außerdem wurde im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ im Gebiet von Roskwit die Stationierung eines Funkaufklärungskomplexes der ukrainischen Streitkräfte beobachtet, der vermutlich Aufklärung des Territoriums der LVR und der RF betreibt.

Es ist bekannt, dass die Entlassung von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die einen Vertrag abgeschlossen haben, bis zur Annahme eines Gesetzes über die Ordnung für Entlassung im Jahr 2018 gestoppt wurde.

Dies kann damit zusammenhängen, dass die militärisch-politische Führung der Ukraine eine militärische Art der Lösung des Konflikts im Südosten des Landes als grundlegend betrachtet. Im Vorfeld der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk am 31. Januar sind Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen an der gesamten Kontaktlinie möglich, einschließlich des für die Trennung von Kräften und Mittel geplanten Abschnitts bei Staniza Luganskaja.

Der Abzug könnte unter einem ausgedachten Vorwand ein weiteres Mal verschoben werden.

Die OSZE-Mission hat in ihrem täglichen Bericht vom 29. Januar erklärt, dass in einem Lagerplatz der LVR sieben Haubitzen D-30 des Kalibers 122mm fehlten.

Die Prinzipien der Arbeit der OSZE-Mission auf dem Territorium der LVR rufen bei uns derzeit Beunruhigung hervor. Offensichtlich sind nicht nur Verletzungen der grundlegenden Prinzipien der Arbeit der Mission – insbesondere des Prinzips der Unparteilichkeit und Transparenz -, sondern auch die deutliche Desinformation der Weltöffentlichkeit in der einer Reihe von Fragen.

Die Volksmiliz der Republik hat mehrfach mit der Führung der Mission die Frage des Besuchs von militärischen Objekten durch ihre Vertreter erörtert und es wurde ein Algorithmus der Aktivitäten ausgearbeitet, der bis zu einem bestimmten Zeitraum erfolgreich funktionierte.

Derzeit verweigern sich die Vertreter der Mission ohne sichtbare Gründe der erarbeiteten Praxis. Außerdem weisen sie in ihren Berichten auf das Fehlen von sieben Haubitzen hin. Aber entsprechend der Ergebnisdokumente der Verifikation, die in Minsk vorgelegt wurden, gibt es an diesem Abschnitt insgesamt nur sechs und sie sind alle an ihren Plätzen. Die Führung der Volksmiliz ist zu jedem beliebigen Zeitpunkt bereit, den Vertretern der Mission sowie Pressevertretern die Abzugsorte zu zeigen und die Verlässlichkeit meiner Worte zu bestätigen.

Massenmedien haben Informationen veröffentlicht, dass die ukrainischen Streitkräfte mit Hilfe von Spezialtechnik die „graue Zone“ im Gebiet von Gorlowka entmint und sichere Korridore für den Angriff von Infanterie, Sturmgruppen, Panzern und Schützenpanzern vorbereitet.

Ein weiteres Mal will ich unsere Bürger beruhigen und erklären, dass in unserer Richtung derartige Aktivitäten von Seiten der ukrainischen Streitkräfte nicht erfolgen.

Außerdem ist die jetzige Zeit im Zusammenhang mit den Wetterbedingungen sehr schwierig, weil eine hohe Schneedecke liegt und die Lufttemperatur technische Arbeiten zur Entminung nicht erlaubt bzw. erschwert.

Dan-news.info: Im letzten Jahr wurden in der DVR sieben Vorschuleinrichtungen wiedereröffnet, teilte die Bildungs- und Wissenschaftsministerin Larissa Poljakowa mit. Es handelt sich um Einrichtungen in Donezk, Makejewka, Dokutschajewsk, Debalzewo und Jenakiewo.

Poljakowa merkte an, dass die Zahl der Kindergartenkinder 2017 um 6000 im Vergleich zu 2016 gewachsen ist. 55.000 Kinder besuchen zur Zeit Kindergärten.

Ukrinform.ua: Poroschenko erwartet von Europa ähnliche „Kreml-Liste“ wie von USA.

Der ukrainische Staatspräsident Petro Poroschenko hat sich per Facebook bei den Vereinigten Staaten für die Veröffentlichung der „Kreml-Liste“ bedankt und die Hoffnung geäußert, dass eine entsprechende Entscheidung hinsichtlich Russlands von den europäischen Partnern der Ukraine kommt.

„Herzlichen Dank an Washington für die weitere Demonstration der Führung im Kampf gegen russische Aggression! Wir rechnen auch mit der einschlägigen Entscheidung von Seiten unserer europäischen Partner für die Verstärkung der gesamten transatlantischen Front“, schrieb Poroschenko.

Er betonte, dass die Wirkung von Sanktionen immer stärker und maßgebender wird und der

kumulative Effekt von restriktiven Maßnahmen unvermeidlich und sicher den Appetit des Aggressors einschränkt.

„Und so wird es sein, bis man im Kreml die Wichtigkeit des Respektierens des Völkerrechts, des Verzichts auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten und des Stoppens der Untergrabung demokratischer Institutionen endlich begreift und bis die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine vollständig wiederhergestellt ist“, hob der Präsident hervor.



[https://static.ukrinform.com/photos/2018\\_01/thumb\\_files/630\\_360\\_1516719256-9463.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2018_01/thumb_files/630_360_1516719256-9463.jpg)

de.sputniknews.com: Syrien-Kongress in Sotschi: Was im Vergleich zu Genfer Gesprächen anders ist:

Der Syrien-Friedenskongress ist am heutigen Dienstag im südrussischen Sotschi zu Beratungen zusammengekommen. Doch was unterscheidet den sogenannten Kongress der Völker Syriens von den Verhandlungen in Genf? Der Vizechef des syrischen Journalistenverbandes und politische Analytiker Mustafa al Miqdad klärt im Gespräch mit Sputnik auf.

Beim Syrien-Friedenskongress in Sotschi seien im Vergleich zu den Verhandlungen in Genf unterschiedliche politische und soziale Gruppen sowie versöhnungsbereite Militante aus den syrischen Schutzzonen vertreten, so Al Miqdad. In Genf hätten sich nur Oppositionelle versammelt, die einer politischen Lösung der Syrien-Krise entgegengewirkt hätten.

Gewisse Kräfte, die keinen direkten Einfluss auf die Situation in Syrien hätten, würden ihre Politik zur Vereitelung der friedlichen Regelung über einzelne Oppositionelle betreiben und diese regelmäßig nach Genf einladen.

Al Miqdad würdigte die Bemühungen Russlands um die Vorbereitung des Treffens in Sotschi. „Russland hat es in zwei Jahren Arbeit in unserem Land vermocht, die Beziehungen zu den meisten bewaffneten Gruppierungen sowie zu Vertretern der äußeren und der inneren Opposition anzubahnen“, sagte der Experte und betonte, dass Angehörige unterschiedlicher Bevölkerungsschichten – von Bauern über Anwälte und Schriftsteller bis zu Militanten – zum Kongress gekommen seien.

„Sie alle wollen die Grundlage für eine künftige politische Ordnung Syriens schaffen. Dies macht das Treffen in Sotschi, das von Russland unterstützt wird, zu einem echten nationalen Kongress mit großen Erfolgchancen“, betonte Al Miqdad.

Ihm zufolge geht es jetzt darum, die Ergebnisse der militärischen Siege nicht an die Feinde zu verlieren. „Die USA, Israel und einige andere Kräfte (...) haben nach dem Riesenerfolg in Aleppo versucht, die Errungenschaften der syrischen Armee zu nivellieren, damit diese die politische Situation nicht beeinflussen kann. Kurz nach der Befreiung von Aleppo eroberten



die Terroristen mit Unterstützung der USA zum zweiten Mal Palmyra. Das wurde mit dem Ziel getan, zu verhindern, dass der Erfolg in Aleppo keinen solchen Sieg am Verhandlungstisch bringt.“

Zu den Beziehungen zur Türkei wegen der Situation um Idlib sagte der Politiker, der syrische Staat setze nicht auf irgendwelche Garantien seitens der Türkei. „Die syrische Armee setzt ihre Operation in Idlib fort und rückt unbeirrt weiter vor. Syrien hat eine endgültige militärpolitische Entscheidung getroffen, wonach das gesamte Territorium, sei es Idlib oder ein anderes Gebiet, wieder unter die Kontrolle der syrischen Regierung gebracht werden soll“, so Al Miqdad.

Dan-news.info: Mitteilungen des Leiters der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow Seit der Trennung der Kräfte und Mittel in Petrowskoje hat sich die Lage dort erheblich stabilisiert, die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung hat ein Minimum erreicht. Aber in letzter Zeit bemerken wir eine Eskalation im Gebiet der Ortschaft. Die Fälle von Beschießungen der Umgebung von Petrowskoje haben zugenommen.

Die Vertretung der DVR im GZKK beobachtet seit ihrer Gründung im April 2017 die Lage in Petrowskoje und Umgebung. In diesem Zeitraum wurden am Trennungsabschnitt kein einziges Mal Verletzungen und Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt.

Die ukrainischen Streitkräfte dringen seit November 2017 in die Tiefe der „grauen Zone“ im Gebiet von Petrowskoje vor, was zweifellos auf die allgemeine Lage an der Abgrenzungslinie einwirkt. Das Auftauchen neuer ukrainischer Positionen dort bestätigen auch Daten von Drohnen der OSZE-Mission, die im Bericht der Mission vom 10.01.2018 veröffentlicht sind. Allerdings ist die Lage im unmittelbaren Abschnitt der Trennung von Kräften und Mitteln – 2km breit und 2m tief – im Gebiet von Petrowskoje bisher ruhig. Die Kräfte der DVR erfüllen die übernommenen Verpflichtungen zur Einhaltung der Feueinstellung vollständig.

Es hat keinen Sinn weitere Abschnitt zur Trennung festzulegen, solange Kiew seine Verpflichtungen am Pilotabschnitt in Staniza Luganskaja nicht erfüllt.

Die DVR ihrerseits ist zu einer weiteren Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zur Trennung bereit.

de.sputniknews.com: „Es lebe Russland“: Lawrow bei Syrien-Kongress in Sotschi unterbrochen.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat am Dienstag seine Rede zu Beginn des sogenannten Kongresses der Völker Syriens in der südrussischen Stadt Sotschi mehrmals unterbrechen müssen. Der Grund: Teilnehmer skandierten „Es lebe Russland!“ und spendeten Beifall.

Obwohl Lawrow um Ruhe bat, setzten mehrere Delegierte ihre Zwischenrufe fort.

„Liebe Freunde, wir müssen unsere Arbeit fortsetzen. Ihr werdet die Möglichkeit haben, an Diskussionen teilzunehmen... Freunde, wenn ihr sagt, es lebe Russland, dann lasst mich bitte sprechen“, so Lawrow.

Letztlich konnte der russische Chefdiplomat doch seine Rede halten, in der er Vertretern des Iran, der Türkei und der Uno für ihre gemeinsame Arbeit an der Vorbereitung des Forums dankte.

Am Kongress nehmen mehr als 1.500 Delegierte teil.

Zuvor hatte Russlands Präsident Wladimir Putin gesagt, der Kongress solle das Volk Syriens einigen.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/i2njMZxmwTM" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/i2njMZxmwTM>

## Abends:

Dan-news.info: In Ugegorsk wird das bekannte Haus Nr. 24 in der Nekrassow-Straße 24 im Zentrum der Stadt, das im Winter 2015 durch Kämpfe vollständig zerstört wurde, neu gebaut. Dies teilte der Bürgermeister der Stadt Oleg Neledwa mit.

Es gibt bereits einen Entwurf und in der nächsten Zeit werden Materialien zum Bau eines neuen Hauses geliefert.

Die früheren Bewohner wohnen derzeit bei Verwandten oder in Mietwohnungen.

Insgesamt wurden in der Stadt 390 Häuser zerstört, 122 Familien haben ihren Wohnraum verloren. Bis heute wurden 200 Häuser wieder aufgebaut, weitere 24 private Häuser wurden gebaut und im Dezember 2016 an ihre Bewohner übergeben.

Es kehren weiter Einwohner von Ugegorsk in ihre Heimatstadt zurück. Derzeit leben dort 8500 Menschen, davon sind etwa 410 Kinder unter 6,5 Jahren.

Nach den großen Kämpfen auf dem Gebiet der Stadt im Winter 2015 laufen die Wiederaufbauarbeiten weiter. Es ist bereits gelungen, einem Krankenhaus, einer Schule, die 427 Kinder besuchen, und einem Kindergarten wieder ein „menschliches“ Aussehen zu geben, eine weitere Vorschuleinrichtung wird wiederaufgebaut.

Innerhalb von drei Jahren wurden in der Stadt auch Kinderspielplätze und Sportplätze wiederaufgebaut. Im Kulturpalast wurde durch die Stadtverwaltung das Heizungssystem wieder instandgesetzt und das durch direkte Geschosstreffer zerstörte Dach repariert. Dort treffen sich nun kulturelle und künstlerische Kindergruppen.



<https://dan-news.info/wp-content/uploads/2016/02/17-1024x680.jpg>

Dan-news.info: Gratulation Sachartschenkos zum Jahrestag der Befreiung von Ugegorsk: Heute wird in der Donezker Volksrepublik der dritte Jahrestag der Befreiung von Ugegorsk von den ukrainischen Streitkräften begangen. Dies ist für uns alle ein wichtiges Datum. Gerade in Ugegorsk hat die Armee der DVR gezeigt, dass sie in der Lage ist, nicht nur erfolgreich die Angriffe der überlegenen Kräfte des Gegners abzuwehren, sondern auch mächtige Schläge gegen die reguläre Armee der Ukraine und Strafverbände zu führen. Gerade in Ugegorsk ist meiner Meinung nach die psychologische Wendung erfolgt, nach der wir alle begriffen haben, dass unser Sieg unausweichlich ist und wir früher oder später das gesamte

Territorium der Donezker Volksrepublik befreien werden.

Mit der Operation von Ugegorsk hat die Operation zur Befreiung von Debalzewo begonnen, die mit einem vollen Erfolg endete und zum Kessel von Debalzewo und einer weitgehenden Zerschlagung der neonazistischen Strafruppen geführt hat. Gerade hier haben wir die gesamte Macht und den Ruhm unserer Waffen, die Tapferkeit und die Treue zur Pflicht unserer Soldaten, den Glauben daran, dass unsere Sache gerecht ist und der Sieg unser sein wird, gezeigt.

Ich gratuliere den Einwohnern von Ugegorsk zum Tag der Befreiung und will all denen danken, die selbst in der schrecklichen Zeit von Kämpfen und Beschuss uns nach Kräften Hilfe im Kampf gegen die Besatzer geleistet haben. Ohne euch und eure Unterstützung wären diese Gefechte um ein Vielfaches schwieriger und blutiger gewesen.

Ich danke allen Milizangehörigen, die nicht im Angesicht des starken Gegners gezittert haben und beispiellose Standhaftigkeit und Mut gezeigt haben. Gemeinsam mit euch haben wir das vollbracht, was vor uns niemand getan hat. Und wir haben gesiegt!

An diesem Tag will ich an all die erinnern, die bei der Befreiung von Ugegorsk fielen. Euer Opfer, eure Heldentat werden für immer in unseren Herzen und in der Erinnerung der dankbaren Nachkommen bleiben!

Zum Feiertag! Zum Tag der Befreiung von Ugegorsk, liebe Landsleute!

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik

Alexandr Sachartschenko